

Gute Arbeit – Gutes Leben

Manifest für eine gerechte Arbeitswelt

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Das Manifest

Wir wollen »Gute Arbeit«

Auf die Frage »Was ist gute Arbeit?« antworten die meisten Menschen: Die Arbeit muss sicher sein. Sie muss anständig bezahlt sein. Ich möchte mitentscheiden können, was ich mache und wie ich meine Arbeit mache. Meine Arbeit soll mich nicht krank machen, und ich möchte so arbeiten, dass ich Beruf, Freunde und Familie gut vereinbaren kann. Dann ist die Arbeit gut!

Arbeit heute: Unsicher, schlecht bezahlt und stressig

Immer weniger Menschen haben eine »gute Arbeit«: Millionen haben gar keine Arbeit oder sie arbeiten zu Hungerlöhnen. Millionen Menschen, vor allem Frauen, arbeiten in unsicheren »Jobs«. Millionen Menschen arbeiten sich kaputt durch Überstunden und Druck und Hetze. Leiharbeit, befristete Beschäftigungen, Teilzeitjobs, Scheinselbstständigkeit und Minijobs sind nicht etwa »flexible« Formen von Beschäftigung. Sie sind Angriffe auf die Standards guter Arbeit. Sie sind ein Angriff auf und gegen die Beschäftigten. Denn viele Unternehmen verdrängen mit diesen schlechten Arbeitsplätzen tariflich entlohnte und unbefristete Arbeitsplätze und üben so Druck auf die Löhne aus.

Arbeit ist schlecht, wenn

- der Lohn nicht zum Leben reicht,
- die Mitbestimmungsrechte eingeschränkt sind,
- die gesellschaftliche Anerkennung gering ist,
- der Schutz durch die Sozialversicherungen (Arbeitslosengeld, Rente) eingeschränkt ist und
- der Schutz durch das Arbeitsrecht (Kündigungsschutz) reduziert ist.

Muss das so sein?

Wirtschaftsbosse, selbsternannte Sachverständige, Regierungspolitiker, sie alle behaupten, die »Globalisierung« lasse keinen anderen Weg. Die internationale Konkurrenz, die Macht der Finanzmärkte, die Abhängigkeit von der Weltwirtschaft, all das zwingt uns, auf sichere Arbeitsplätze zu verzichten, bei Lohn, Rente und Arbeitslosengeld Abstriche zu machen, jede auch noch so schlechte Arbeit anzunehmen, Überstunden ohne Ende zu leisten und ständig den Wohnort zu wechseln, wenn der Arbeitsmarkt es verlangt. Mit einem Wort: Es gebe keine Alternative. Sagen sie.

Das ist falsch! Mit vermeintlichen »Sachzwängen« vertuschen die Unternehmen, dass sie aus schlechten Arbeitsplätzen besonders gute Profite einfahren.

Es gibt Alternativen! Ein Zurück in alte, vermeintlich bessere Zeiten ist nicht möglich, aber möglich ist, die Gegenwart sozial und solidarisch zu gestalten. Seit Jahren werden diese Möglichkeiten von der großen Koalition aus SPD, CDU, Grünen und FDP nicht genutzt. Diese Parteien haben längst das Ziel aufgegeben, eine lebenswerte, menschliche Gesellschaft zu gestalten. Ihnen sind die Profite der Unternehmen wichtiger. Ihre Politik richtet sich gegen die Menschen. Sie ist menschenfeindlich.

DIE LINKE: »Gute Arbeit« für das 21. Jahrhundert – Menschen vor Profite!

DIE LINKE will eine Gesellschaft, die durch Solidarität geprägt ist anstatt durch Konkurrenz. Die Wirtschaft muss für den Menschen da sein und nicht umgekehrt. Das gilt besonders für die Arbeitswelt. Arbeit muss nach den Bedürfnissen der Menschen gestaltet werden und nicht danach, was den meisten Profit bringt.

Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen ist Lohnarbeit, ist Arbeit im Dienst des Kapitals. Sie folgt dem Interesse der Unternehmen am Profit und damit nicht den Interessen der arbeitenden Menschen. Die Menschen entscheiden nicht selbst, was sie herstellen und auf welche Weise sie das tun. Und die Ergebnisse ihrer Arbeit gehören ihnen nicht. Diese Fremdbestimmung lässt sich nur aufheben, wenn der Kapitalismus überwunden wird.

Aber auch innerhalb kapitalistischer Gesellschaften ist es möglich, die Lohnarbeit so zu gestalten, dass die Interessen der Menschen zumindest teilweise berücksichtigt werden. Dies geschieht nicht von selbst, sondern muss von den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften erkämpft werden. Auf diese Weise wird der repressive Charakter der Lohnarbeit zurück gedrängt und ihre zivilisatorische Komponente gestärkt: die Fähigkeit zur Kooperation und zur Konfliktlösung wird befördert und der Gemeinschaftssinn entwickelt.

Die Mitbestimmung darüber, wie und zu welchem Zweck gearbeitet werden soll, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinbarkeit der Arbeit mit Familie, Freunden und gesellschaftlicher Beteiligung.

Das Manifest »Gute Arbeit – Gutes Leben« ist eine Selbstverpflichtung DER LINKEN und zugleich ein Angebot zur Zusammenarbeit an Gewerkschaften, Sozialverbände, Initiativen und andere, die die Erwerbsarbeit im Interesse der Beschäftigten gestalten wollen. Diesen Anspruch haben alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien aufgegeben.

Mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen haben SPD und Grüne unter Zustimmung von CDU/CSU und FDP der Ausweitung schlechter Arbeit den Weg geebnet. Es ist die Aufgabe DER LINKEN, dieser zerstörerischen Politik entgegenzutreten. Unser Ziel ist die soziale Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft: Im Mittelpunkt steht, jeder und jedem die Möglichkeit zur Teilhabe an Erwerbstätigkeit und an deren Gestaltung zu geben. Dies ist Bedingung und Grundlage für vielfältige andere Tätigkeiten – im Sportverein, in der Bürgerinitiative, in der Umweltschutzorganisation. Und es ist eine Voraussetzung für die Entwicklung anderer Arbeitsformen, die über die Arbeit als Lohnarbeit hinausweisen – etwa in der Genossenschaft, der Selbsthilfeinitiative, der freien Schule. Die Zivilisierung der Erwerbsarbeit ist notwendig für ein besseres Leben in der Gegenwart und sie ist notwendig für alternative Formen der Arbeit in der Zukunft.

Die Arbeit

Zivilisierung der Lohnarbeit: Wo wir schon einmal waren ...

Die Einführung des Acht-Stunden-Tags, der betrieblichen Mitbestimmung, des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit, des Kündigungsschutzes, auskömmlicher Löhne und vieles mehr waren wichtige Schritte auf dem Weg zu einer menschengerechten Gestaltung der Arbeit. Sie wurden von den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften in den vergangenen 150 Jahren in harten Auseinandersetzungen mit dem Kapital erkämpft. Politisch wurden diese Erfolge durch den Ausbau der Sozialversicherungen unterstützt. Die Kranken- und Unfallversicherung sowie Rente und Arbeitslosengeld haben den abhängig Beschäftigten Schutz gegeben und ihre Stellung gestärkt: Der Zwang, jede Arbeit zu jedem Preis anzunehmen, wurde durch diese Absicherungen abgeschwächt. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand ein gesellschaftlicher Konsens darüber, dass die abhängig Beschäftigten an der steigenden Produktivität und dem steigenden Wohlstand durch die kontinuierliche Steigerung ihrer Einkommen teilhaben sollten.



*Michael Gläser, Hoppegarten (Brandenburg):
Ich bin 21 und muss für 1.100 Euro Brutto im
Monat 53 Stunden pro Woche arbeiten. Dazu
brauche ich trotz abgeschlossener Ausbildung
mit Bestnoten drei schlecht bezahlte Jobs oder
wäre lange arbeitslos. Für meine Freizeit bleibt
kaum etwas übrig. Gerecht finde ich das nicht.*

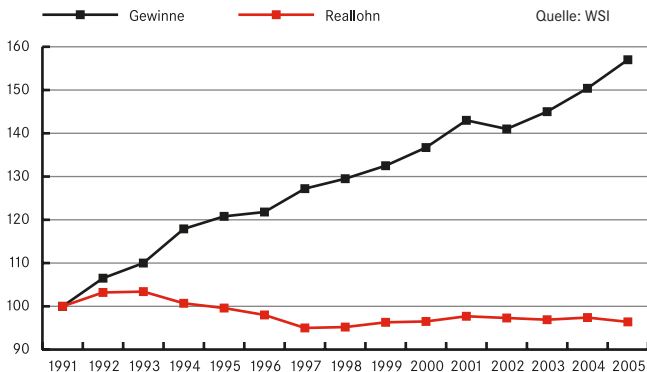
... und wie wir heute arbeiten

Auf breiter Front versuchen die Unternehmen mit Unterstützung von CDU bis SPD die bereits erreichten Standards guter Arbeit wieder abzuschaffen. Der Kündigungsschutz ist aufgeweicht, Leiharbeit und Befristungen untergraben tarifliche Vereinbarungen,

die Rente wird gekürzt, die Gesundheitsvorsorge privatisiert. Die Anforderungen der Unternehmen werden zum alleinigen Maßstab für die Entgelt-, Leistungs- und Arbeitsbedingungen erklärt. Eine menschengerechte Gestaltung der Arbeit findet nicht mehr statt. Die Politik beruft sich dabei auf die Lehre des Neoliberalismus. Die zielt angeblich auf mehr Freiheit für den einzelnen Menschen. Tatsächlich geht es ihr um weniger Rechte für die arbeitenden Menschen und mehr Macht für die Unternehmen. Dazu wird der Sozialstaat, werden Renten, das Gesundheitssystem, Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherung Stück für Stück abgebaut und die Rechte der Beschäftigten und Gewerkschaften beschnitten. Steigende Gewinne der Großunternehmen und Banken einerseits und Massenarbeitslosigkeit, unsichere Arbeitsplätze und Hungerlöhne für Millionen Menschen andererseits sind die gewollten Folgen. Die an den Bedürfnissen der Unternehmen ausgerichtete Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zerstört das Familien- und Gemeinschaftsleben.

Löhne I: Immer weniger für Beschäftigte

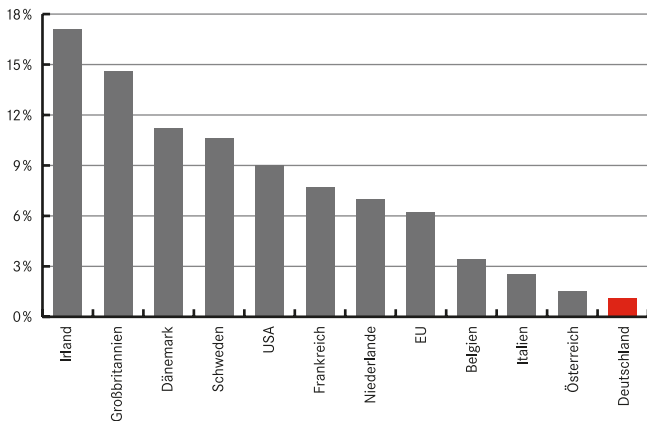
Lohn- und Gewinnentwicklung in Deutschland (1991 = 100%)



Die Regierungen Kohl, Schröder und Merkel propagierten und propagieren immer wieder Lohnzurückhaltung mit dem Motto: Wenn es erst den Unternehmen wieder gut geht, haben auch die Beschäftigten wieder mehr in der Tasche. Tatsache ist: Während die Unternehmensgewinne Jahr für Jahr steil anwachsen, kommt bei den Beschäftigten immer weniger an. Frauen sind von dieser Entwicklung besonders betroffen: 70 Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind Frauen.

Löhne II: Deutschland Schlusslicht

Reallohnentwicklung in Deutschland im Vergleich mit anderen Industrieländern 2000–2006



Quelle: WSI

Die Regierenden erklären immer wieder, der globale Wettbewerb der Unternehmen lasse keine Lohnsteigerungen zu. Das ist falsch: In anderen Industrieländern, die auch im globalen Wettbewerb stehen, wachsen die Löhne seit Jahren deutlich.

Lohn III: Frauen immer noch benachteiligt

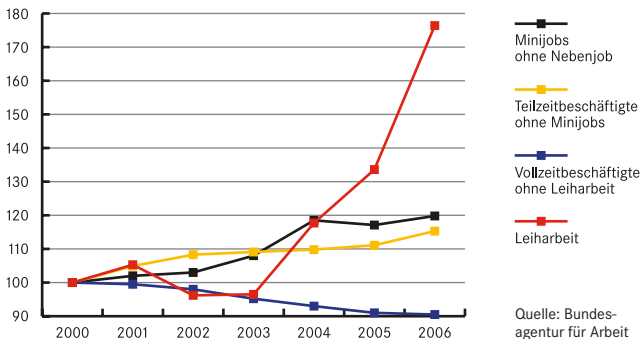
Frauen verdienen weniger

Beruf	Brutto-Monatseinkommen*		Höhe Frauenlohn im Vergleich zum Männerlohn
	Männer	Frauen	
Chemiker/in	4.824 EUR	3.978 EUR	82 %
Elektroingenieur/in	4.507 EUR	4.077 EUR	90 %
IT-Berater/in	4.493 EUR	3.758 EUR	84 %
Wirtschaftswissenschaftler/in, Diplomkauffrau/-mann	4.349 EUR	3.647 EUR	84 %
Versicherungskauffrau/-mann	4.177 EUR	2.855 EUR	68 %
Soziologe/in, Diplomsozialwissenschaftler/in	3.900 EUR	3.344 EUR	86 %
Bankkauffrau/-mann	3.849 EUR	2.893 EUR	75 %
Webdesigner/in	3.228 EUR	2.652 EUR	82 %
Sozialarbeiter, Sozialpädagoge/in	3.176 EUR	2.745 EUR	86 %
Industriekaufrau/-mann	3.155 EUR	2.723 EUR	86 %
Mediengestalter/in	3.107 EUR	2.028 EUR	65 %
Personalsachbearbeiter/in	3.027 EUR	2.815 EUR	93 %
Erzieher	2.650 EUR	2.292 EUR	87 %
Bürokauffrau/-mann	2.639 EUR	2.096 EUR	79 %
Krankenschwester,-pfleger	2.631 EUR	2.230 EUR	85 %
Call Center Agent, Call Center Operator	2.387 EUR	1.853 EUR	78 %
Einzelhandelskauffrau/-mann	2.246 EUR	1.997 EUR	89 %
Kellner/in, Servierer/in	1.817 EUR	1.525 EUR	84 %

*Monatliches Durchschnittseinkommen ohne Zulagen/Zuschläge und Sonderzahlungen, Verdienste auf eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden umgerechnet. Nicht repräsentative Stichprobe aus der Online-Befragung des WSI-Tarifarchivs, 60.000 Befragte;
Quelle: www.frauenlohnspiegel.de 2006/c Hans-Böckler-Stiftung 2006

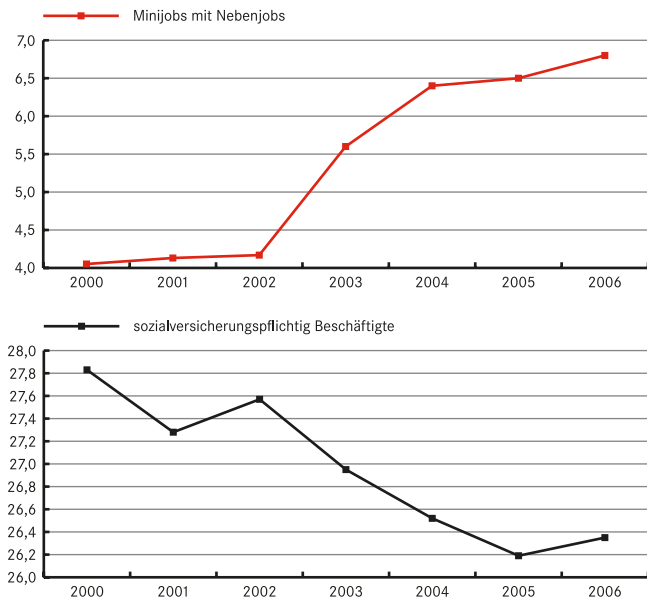
Deutschland zählt neben Zypern, Estland und der Slowakei zu den vier EU-Staaten mit den größten Gehaltsnachteilen für Frauen. Der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen beträgt bis zu 22 Prozent. Dies wird sogar von der Sozialkommission der EU als »skandalöse Ressourcenverschwendung« bezeichnet. Das erklärt sich auch daraus, dass das Bild des männlichen Alleinverdieners und Ernährers immer noch vorherrschend ist. Doch dieses Bild ist schon lange nicht mehr zeitgemäß und schon gar nicht zukunftsorientiert.

Arbeitsplätze I: Nur die Unsicheren nehmen zu relativ (Jahr 2000 = 100 Prozent)



Die CDU-SPD-Regierung und ihre rot-grüne Vorgängerin preisen die Zunahme der »flexibel« genannten Beschäftigung als Chance für die Arbeitslosen. Leiharbeit, Teilzeit- oder befristete Beschäftigung sollen einen Übergang in ein festes Beschäftigungsverhältnis bieten. Doch das ist nicht so: Während die Zahl der unsicheren Beschäftigungsverhältnisse zunimmt, nimmt die Zahl der sicheren Arbeitsplätze immer mehr ab. Leiharbeit, Teilzeitarbeit, befristete und geringfügige Beschäftigung werden mehr und mehr zur Regel.

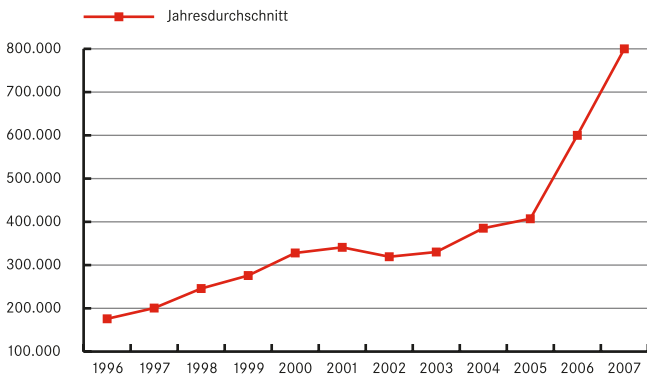
Arbeitsplätze II: Unsichere verdrängt sichere Arbeit



absolut, in Millionen; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Politik der vergangenen Jahre hat nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen. Aber sie hat erreicht, dass sichere Arbeitsplätze von unsicheren Arbeitsplätzen verdrängt werden. Minijobs ersetzen vor allem in den Dienstleistungsbranchen reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Ein Beispiel: Im Handel wurden zwischen 2003 und 2004 rund 110.000 Stellen vernichtet und durch 86.000 Minijobs ersetzt. In anderen Branchen sieht es ähnlich aus. Betroffen sind davon vor allem Frauen.

Arbeitsplätze III: Leiharbeit

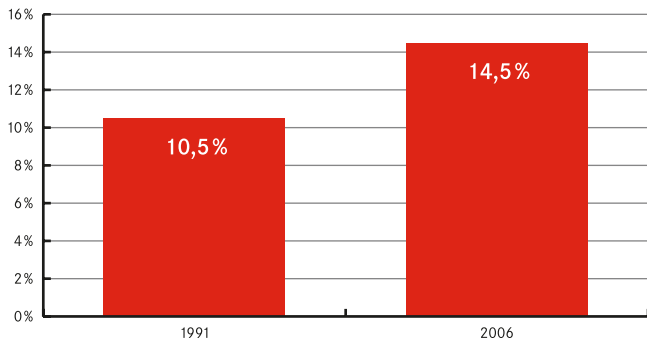


Quelle: Bundesagentur für Arbeit; für 2007: Schätzung IAB

LeiharbeiterInnen sind vermietete Arbeitskräfte, die bis zu 50 Prozent weniger Lohn bekommen, als er in den Entleihbetrieben üblich ist. Sie haben keinen Kündigungsschutz, und ihre Mitbestimmungsrechte sind eingeschränkt. Häufig verfügen LeiharbeiterInnen über gute Qualifikationen und werden als Fachkräfte eingesetzt. Meist werden sie dann aber nur wie HilfsarbeiterInnen bezahlt. LeiharbeiterInnen können kein geregeltes Leben führen und keine Perspektiven entwickeln. Besonders Alleinerziehende und Familien mit Kindern sind von der geforderten Flexibilität negativ betroffen. Der häufige Arbeitsplatzwechsel macht einen geregelten familiären Alltag nahezu unmöglich.

Arbeitsplätze IV: Befristet statt mit Perspektive

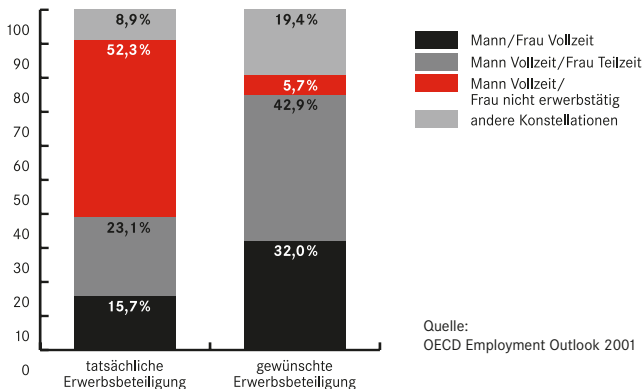
Anteil befristet Beschäftigter an allen Beschäftigten



Quelle: Statistisches Bundesamt

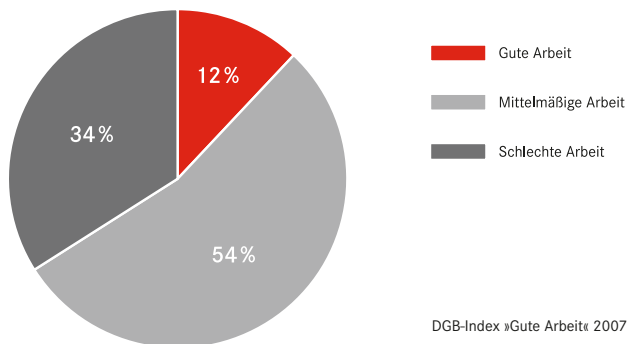
Immer häufiger bekommen jüngere Menschen nur eine befristete Beschäftigung angeboten. Das bedeutet einen Berufsstart auf Raten mit ungewisser Zukunft. Von den Berufsanfängern unter 20 Jahren hat fast die Hälfte einen befristeten Arbeitsvertrag. Auch in der Altersklasse der bis zu 30-Jährigen müssen sich immer noch gut 20 Prozent der Beschäftigten mit einer Befristung abfinden.

Arbeitsplätze V: Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Ausnahme



Der Arbeitsplatz entscheidet darüber, ob sich Familie und Beruf vereinbaren lassen. Das ist von der Politik viel zu lange ignoriert worden. So stoßen Eltern viel zu oft an Grenzen, die Politik und Wirtschaft zu verantworten haben. Für Familien mit Kindern und vor allem für Alleinerziehende ist der Alltag ein schwieriger Balanceakt. Sie sind konfrontiert mit einem Arbeitsleben, in dem trotz ständig abnehmender Arbeitsplatzsicherheit immer höhere Anforderungen gestellt werden. Viele Eltern kapitulieren vor der Familienunfreundlichkeit der Arbeitswelt ganz und verlieren ihren Arbeitsplatz. Da Frauen immer noch den Hauptteil der Erziehungsarbeit leisten, sind sie von den mangelnden Chancen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders betroffen. Vor allem junge Frauen müssen mit dem Risiko leben, dass ihnen nach der Elternzeit entweder der Wiedereinstieg in den Beruf erschwert oder verwehrt wird oder dass sie mit angeblich familienfreundlichen »Mini-Jobs« abgespeist werden.

Arbeitsplätze VI: Qualität häufig schlecht



Besonders Beschäftigte in Leiharbeit, befristeten Beschäftigungsverhältnissen und Minijobs und in regulären Beschäftigungsverhältnissen mit niedriger Bezahlung bewerten ihre Arbeitsplätze negativ. Neben den unsicheren Beschäftigungsperspektiven und der niedrigen Bezahlung werden erhebliche gesundheitliche Belastungen, respektloses Verhalten von Vorgesetzten und mangelnde Aufstiegschancen bemängelt.

Generell verschlechtern sich in den Unternehmen die Arbeits- und Leistungsbedingungen. Psychische Belastungen nehmen zu. Zugleich werden vielerorts Errungenschaften früherer Jahre rückgängig gemacht: Taktzeiten werden verkürzt und monotone sowie schwere körperliche Tätigkeiten nehmen wieder zu. Ältere Beschäftigte erreichen unter solchen Bedingungen immer seltener gesund das Rentenalter.

Fazit I: Schlechte Arbeit bedeutet Lohnraub

Unsichere Beschäftigungsverhältnisse schaffen keine Arbeitsplätze, sondern verdrängen die reguläre Beschäftigung, begünstigen Lohndumping und führen bei den Beschäftigten zu erheblichen Einkommenseinbußen. Während die Unternehmen immer höhere Gewinne machen, werden die Beschäftigten immer ärmer. Die Arbeitsmarktpolitik der Regierungen Schröder und Merkel ist eine Enteignung der Arbeitenden. Von dem, was die Beschäftigten an Werten schaffen, bekommen sie einen immer kleiner werdenden Anteil.

Auch viele Beschäftigte mit guten Arbeitsplätzen fürchten, ihren gesicherten Beschäftigungsstatus über kurz oder lang einzubüßen und sozial abzusteuern. Aus Angst vor Hartz IV und schlechten Arbeitsplätzen akzeptieren Beschäftigte immer häufiger niedrigere Löhne und miese Arbeitsbedingungen. Rechtliche Schutzbestimmungen werden unterlaufen, und die Verhandlungsmacht der Betriebsräte und Gewerkschaften wird geschwächt. Mit verängstigten Beschäftigten ist es schwer, gute Lohnabschlüsse zu erkämpfen.

DIE LINKE will, dass die Löhne der Beschäftigten wieder kräftig steigen, dass Frauen und Männer gleich viel bei gleichwertigen Tätigkeiten verdienen und dass schlechte Arbeitsplätze durch gute Arbeitsplätze ersetzt werden.



Monika Lauterbach, Hamm (NRW):

Ich bin Betriebsrätin bei Schlecker und kämpfe mit und für meine Kolleginnen für eine gerechtere Bezahlung. Für den harten Job im Supermarkt werden Minilöhne gezahlt. Die Personalkosten werden ständig gedrückt und durch Teilzeitjobs klein gehalten. Viele Frauen bekommen knapp 1.000 Euro Brutto im Monat. Viele würden gern länger arbeiten, um für ihre Familien mehr Einkommen zu erzielen.

Fazit II: Schlechte Arbeit bedeutet weniger Demokratie

Demokratie bedeutet die Freiheit, das eigene Leben und – gemeinsam mit anderen – die Gesellschaft zu gestalten. Diese Selbstbestimmung wird durch die Umwandlung von guten Arbeitsplätzen in schlechte Arbeitsplätze beschnitten. Das ist Abbau von Demokratie. Denn es hat schlimme Folgen, wenn die Menschen nicht genügend Geld für das Nötigste haben und nicht in der Lage sind, ihre Zukunft zu gestalten: Ihnen wird die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verwehrt. Unsichere Beschäftigung zwingt dazu, das Leben den Wechselfällen des Arbeitsmarktes unterzuordnen. Das Leben wird Anhängsel der Arbeit, eine eigenständige, selbstbestimmte Planung ist unmöglich: Auf der Strecke bleiben Familie, Kinder, Freunde, Bildung, Freizeitgestaltung und gesellschaftliches Engagement.

DIE LINKE will die Demokratie stärken. Deshalb tritt sie ein für bessere Gesetze und Regelungen, die den Beschäftigten ermöglichen, ihr Leben zu gestalten und an der Gestaltung der Gesellschaft teilzuhaben.



Steffen Seifert, Dresden:

Ich bin seit über zwei Jahren arbeitslos und habe hunderte Briefe geschrieben. Bewerbungen, Beschwerden und Abrechnungen von 1,50 Euro-Jobs, die unwürdig sind. Ich will und kann arbeiten, aber zu ordentlich, fairen Bedingungen und nicht für einen Hungerlohn!

Die Politik

Schröder, Merkel und Co. wollen es so ...

Für die stetige Zunahme schlechter Arbeit trägt die Politik eine erhebliche Verantwortung. Sinkende Profite der Unternehmen haben die Regierungen seit Ende der siebziger Jahre zu einer »Liberalisierung« des Kapitalverkehrs und der Güter- und Dienstleistungsmärkte bewogen. Damit sollten den Unternehmen neue Investitions- und Anlagemöglichkeiten erschlossen werden. Was als »Abbau von Vorschriften« verkauft wurde, bedeutet tatsächlich weniger demokratische Kontrolle über die Wirtschaft. Zuletzt hat die Regierung Schröder große Kapitalanleger, so genannte Hedge-Fonds und Private-Equity-Unternehmen, zugelassen und Kapitalgesellschaften von Steuern auf die Verkäufe von Beteiligungen freigestellt.

Heute wettet Arbeitsminister Müntefering gegen diese Fonds, sie seien »Heuschrecken«, die über die Unternehmen herfallen und sie zerstören. Unternommen hat die Regierung Merkel dagegen bisher aber nichts. Das ist Heuchelei.

So nahm und nimmt die Politik in Kauf, dass die großen Kapitalanleger einen erheblichen Einfluss auf die Unternehmenspolitik gewinnen. Auf den Finanzmärkten gelten Gewinnerwartungen von mindestens zwanzig Prozent als normal. Solche Renditeerwartungen sind nur kurzfristig erreichbar. Das Resultat ist ein wachsender Rationalisierungsdruck, dem die Unternehmen durch Ausgliederung von Unternehmensteilen, Flexibilisierung der Beschäftigung, Stilllegung wenig profitabler Bereiche, Arbeitsdruck, Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkung und Entlassungen entsprechen.

Das Nachsehen haben die Beschäftigten. Obwohl sie immer mehr leisten, erhalten sie einen immer kleiner werdenden Anteil des gesellschaftlichen Reichtums. Dazu haben sie immer weniger darüber mitzuentcheiden, unter welchen Bedingungen sie

arbeiten. Die Beschäftigten werden ungerecht und undemokratisch behandelt.

Allein damit haben sich Sozialdemokraten, Grüne, Christdemokraten und Liberale aber nicht begnügt. Deshalb haben sie die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze verabschiedet mit dem alleinigen Zweck, die Löhne zu drücken. Beschäftigte wie Arbeitslose sollen gezwungen werden, jede noch so schlecht bezahlte und unsichere Arbeit anzunehmen.

Hartz-Gesetze und Agenda 2010 = Lohndumping und Unsicherheit

- Die Begrenzung der Verleihdauer von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern wurde abgeschafft. Immer mehr Unternehmen nutzen Leiharbeit statt regulärer Arbeit, weil LeiharbeiterInnen im Betrieb weniger zu sagen haben und weniger verdienen, als fest Angestellte.
- Bei Neueinstellungen wurde die Dauer einer Befristung auf zwei Jahre angehoben. Damit wird der Kündigungsschutz unterlaufen und die Probezeit praktisch auf zwei Jahre verlängert.
- Die Verdienstgrenze für Minijobs wurde auf 400 Euro angehoben. Damit wurde der Umwandlung regulärer, fester Stellen in Hilfsjobs der Weg geebnet. Die Unternehmer zahlen weniger Sozialbeiträge und Lohn und sie behalten mehr für sich. Die Beschäftigten mit Minijobs sind ohne ausreichendes Einkommen, ohne Schutz bei Arbeitslosigkeit und erwerben zudem kaum Rentenansprüche.
- Die Einführung der Ein-Euro-Jobs führte dazu, dass Unternehmen und öffentliche Einrichtungen die 1-Euro-JobberInnen als billige Arbeitskräfte missbrauchen und gleichzeitig gute Arbeitsplätze abbauen.
- In Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten gibt es keinen Kündigungsschutz mehr. Betroffen davon sind acht Millionen Beschäftigte. Die Menschen leben ständig in

der Ungewissheit, ob sie auch morgen noch Arbeit haben. Zusätzlich wurde den Unternehmen gestattet, besonders leistungsfähige Beschäftigte von der Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen auszunehmen und so die »Schwachen« auszusortieren.

- Die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I wurde drastisch gekürzt. Jede Arbeit wurde als zumutbar erklärt, auch wenn sie noch so schlecht entlohnt ist und mit der Qualifikation des oder der Arbeitssuchenden gar nichts zu tun hat. Zudem wurde mit dem Arbeitslosengeld II eine soziale Sicherung eingeführt, die diesem Anspruch nicht gerecht wird. Von 347 Euro im Monat kann niemand menschenwürdig leben. Finanzielle Notlagen und beruflicher Abstieg sind die Folgen. So wurden die Arbeitslosen erpressbar gemacht und der Ausbreitung von Hungerlöhnen der Weg geebnet.

Einen zusätzlichen Druck auf die Beschäftigten hat die Politik durch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen aufgebaut. Große staatliche Unternehmen – Post, Telekom, Energiekonzerne – aber auch kommunale Wohnungsbauunternehmen und Krankenhäuser wurden und werden für den Verkauf an private Investoren durch Entlassungen, Teilschließungen und Lohnsenkungen »attraktiv« gemacht.

Diese Politik schwächt auch die betriebliche Interessenvertretungen und die Gewerkschaften. Die SPD betrachtet es nicht mehr als zeitgemäß, Rücksicht auf die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen zu nehmen. Unter Schröder wurden sie öffentlich als »Betonköpfe« denunziert. Heute werden gewerkschaftliche Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit abgebugelt. Ein gesetzlicher Mindestlohn hat kaum Realisierungschancen, weil die SPD die im Bundestag vorhandene politische Mehrheit für einen gesetzlichen Mindestlohn nicht nutzt. Stattdessen wird durch massive Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen eine Beschneidung der staatlichen Ausgaben für soziale Zwecke erzwungen.

... gegen den Willen der Bevölkerung!

Für diese Zerstörung des Sozialstaates gibt es keine politische Legitimation durch eine Mehrheit der Bevölkerung. Sowohl die Menschen, die heute noch eine sichere Arbeit haben, als auch diejenigen, die arbeitslos sind oder sich mit Billigjobs über Wasser halten müssen, lehnen die so genannten Reformen ab: Rente mit 67, Kürzung des Arbeitslosengeldes, Hartz IV-Schikanen, Privatisierung der Gesundheitsversorgung, Ein-Euro-Jobs und Leiharbeit – all das ist Politik gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit.



Rolf Stettner, Hamburg:

Ich habe als Rentner gerade mal das Nötigste zum Leben. Obwohl ich fast 40 Jahre gearbeitet habe, bekomme ich nur eine karge Rente. Das ist beschämend und zwingt mich zum sparsamen Alltag. Wer ordentlich gearbeitet hat, sollte sich auch im Alter keine Sorgen machen müssen.

Die Folgen: Sozialer Abstieg, Fremdenfeindlichkeit, Demokratieverlust

Sinkende Löhne, Massenarbeitslosigkeit und prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse untergraben die sozialen Sicherungssysteme. Armut, besonders unter Kindern und älteren Menschen, breitet sich aus. Heute leben 2,6 Millionen Kinder in Deutschland auf Sozialhilfeniveau. Damit hat sich die Zahl der in Armut lebenden Kinder seit Ende 2004 mehr als verdoppelt. Von Altersarmut sind vor allem GeringverdienerInnen betroffen. Sie können lediglich eine gesetzliche Rente von 39 Prozent ihres Bruttoverdienstes erwarten. Damit ist Deutschland Schlusslicht unter den Industrieländern. Die Angst vor dem sozialen Abstieg durch Billigarbeitsplätze und Arbeitslosigkeit hat schwerwiegende Folgen für die Demokratie: Tiefsitzende Zukunftsängste breiten sich aus. Der gesellschaftliche Wandel erscheint als naturgegebener Prozess, der von

der Politik nicht im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung gesteuert werden kann. Ein wachsender Teil der Bevölkerung hat die Hoffnung aufgegeben, durch Wahlen und eigene Aktivität die Gesellschaft demokratisch mitgestalten zu können. Angst vor dem Abstieg und die verschärfte Konkurrenz aller gegen alle führen dazu, dass sich fremdenfeindliche Einstellungen breit machen.

Die Alternative: Gute Arbeit – Gutes Leben

Arbeit demokratisch gestalten und Reichtum umverteilen

Für ein gutes Leben braucht es gute Arbeit. Im Mittelpunkt steht dabei nach wie vor für Männer und für Frauen die Erwerbstätigkeit. Die soziale Gestaltung der Erwerbsarbeit ist deshalb von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Aus diesem Grund tritt DIE LINKE für gesetzliche Regeln ein, die den arbeitenden Menschen wieder mehr Rechte und Sicherheiten in der Arbeitswelt garantieren. Erst nach entsprechenden Veränderungen ließen sich weitergehende Ansprüche der Menschen an die Gestaltung der Arbeit verwirklichen. Es gilt also, der Lohnarbeit neue soziale Eckpfeiler zu geben, nachdem die alten von den Regierungen Schröder und Merkel stark beschädigt und zum Teil ganz zerstört wurden.

Diese sozialen Eckpfeiler müssen einem anderen Leitbild folgen, als dem heute noch gültigen. Erst dann können sie eine menschengerechte Arbeit ermöglichen. Statt des Mottos »Jede-Arbeit-ist-besser-als-keine« der Regierungen Schröder und Merkel gilt für DIE LINKE »Arbeit-nach-dem-Maß-des-Menschen«. »Gute Arbeit« heißt, Formen und Inhalte der Arbeit demokratisch zu gestalten. »Gute Arbeit« steht für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums: von denen, die andere für sich arbeiten lassen, hin zu denen, die den Reichtum unter Einsatz ihrer körperlichen und geistigen Kräfte erwirtschaften.

Die fünf wichtigsten Aspekte guter Arbeit – aus der Sicht der Beschäftigten

1. Festes, verlässliches Einkommen
2. Sicherheit des Arbeitsplatzes
3. Arbeit soll Spaß machen
4. Behandlung »als Mensch« durch Vorgesetzte
5. Unbefristetes Arbeitsverhältnis

Umfrage der Initiative Neue Qualität der Arbeit. Fuchs u. a. 2006

Gut ist die Arbeit, wenn sie den Bedürfnissen der Menschen entspricht! – Grundsätze »Guter Arbeit«

- Arbeit muss sicher sein. Deshalb will DIE LINKE das unbefristete, sozial- und arbeitsrechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnis stärken.
- Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Deshalb unterstützt DIE LINKE die Forderungen der Gewerkschaften nach höheren Löhnen und nach einem gesetzlichen Mindestlohn.
- Arbeit braucht ein Maß. Kürzere Arbeitszeiten sind die Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Arbeit mit Familie und Freunden, für gesellschaftliche Betätigung und Erholung. Deshalb tritt DIE LINKE für eine Verkürzung der Arbeitszeiten ein.
- Arbeit braucht Mitbestimmung. Die Beteiligung der Beschäftigten an Entscheidungen der Unternehmen ist eine Frage der Demokratie. Deshalb wirbt DIE LINKE für mehr Mitbestimmung der Beschäftigten in allen wirtschaftlichen Belangen der Unternehmen.
- Frauen und Männer müssen in der Arbeit gleichgestellt werden. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, die Benachteiligung von Frauen zu beenden.
- Alle Formen von Beschäftigung müssen ausreichend sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert werden. Deshalb will DIE LINKE für Beschäftigungsformen wie Leiharbeit, Befristung, Solo-Selbständigkeit und andere die für unbefristete Beschäftigungs-

verhältnisse geltende Sicherung einführen. So können diese Beschäftigten besser geschützt werden.

- Die Risiken der Arbeit müssen abgesichert werden. Deshalb will DIE LINKE die sozialen Sicherungssysteme (Rente, Gesundheit, Arbeitslosenversicherung, Pflege) stärken und so gestalten, dass sie Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und anderen Betätigungen (Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Weiterbildung und weitere) unterstützen.

Initiative für »Gute Arbeit«

Eine unverzichtbare Grundlage für mehr »Gute Arbeit« ist die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. Mit einem umfangreichen Investitionsprogramm, einem Programm für mehr öffentlich geförderte Beschäftigung und einem Konzept für eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik hat DIE LINKE dazu konkrete Vorschläge unterbreitet. Darüber hinaus müssen kurzfristig Maßnahmen umgesetzt werden, um unsichere Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen und reguläre, unbefristete, sozialversicherungspflichtige, mitbestimmte und gut entlohnte Arbeitsverhältnisse zu fördern:

a) Mindesteinkommen absichern, Lohndumping verhindern

- Armutslöhne und Lohndumping müssen abgeschafft werden. Deshalb muss ein *gesetzlicher Mindestlohn* eingeführt werden von mindestens 8,44 Euro pro Stunde – so hoch ist gegenwärtig der Mindestlohn in Frankreich. Zudem ist das *Arbeitnehmerentsendegesetz* auf alle Branchen auszuweiten.
- Die *Privatisierung* öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen leistet dem Lohndumping Vorschub. Zum Schutz der Beschäftigten und zur Bewahrung der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen weitere Privatisierungen unterbleiben. Bereits privatisierte Einrichtungen und Unternehmen sind wieder in öffentliches Eigentum zu überführen.
- Einführung einer *Genehmigungspflicht von Lohnsenkungen* (»Anti-Lohnsenkungsgesetz«).

b) tarifliche, sozial- und arbeitsrechtliche Standards stärken

- Arbeit um jeden Preis muss abgeschafft werden. Erwerbslose dürfen nicht gezwungen werden, jeden Arbeitsplatz zu noch so schlechten Bedingungen anzunehmen. Daher sind die *Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose* wieder einzuführen (Qualifikationsschutz, keine Pflicht zur Annahme untertariflich bezahlter Arbeit). Auch die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I muss verlängert und das *Arbeitslosengeld II* auf mindestens 435 Euro angehoben werden.
- Die so genannten »atypischen« *Beschäftigungsverhältnisse* werden in ihrer gegenwärtigen Form zum Lohndumping, zur Umgehung tariflicher, sozial- und arbeitsrechtlicher Standards und zur Aushebelung des Kündigungsschutzes missbraucht. Das muss aufhören!
 - Für Leiharbeit muss das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« durchgesetzt und die Überlassungsdauer auf sechs Monate begrenzt werden. Damit erhalten LeiharbeiterInnen den gleichen Lohn, wie ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen. Die Unternehmen können die Beschäftigten nicht mehr gegeneinander ausspielen. Durch eine begrenzte Ausleihfrist wird der Verdrängung regulärer Beschäftigung Einhalt geboten.
 - Für die *Befristung* von Arbeitsverhältnissen müssen die Unternehmen wieder triftige Gründe nachweisen. Deshalb ist im Teilzeit- und Befristungsgesetz zu streichen, dass ohne Sachgrund Arbeitsverhältnisse auf zwei Jahre befristet werden können. Kann das Unternehmen keine Sachgründe geltend machen, erhalten die Beschäftigten einen unbefristeten Arbeitsvertrag.
 - Damit einzelne Beschäftigte von ihren Unternehmen nicht in die *Scheinselbstständigkeit* gezwungen werden, sind wirksame Kontrollen und Sanktionen sowie die Wiederaufnahme einer gesetzlichen Definition in § 7 SGB IV notwendig. Echte Solo-Selbständige müssen systematisch in die sozialen

Sicherungssysteme einbezogen werden, um sie vor Verarmung zu schützen.

- Die staatliche Subventionierung *geringfügiger Beschäftigung* (Mini-Jobs) muss beendet werden. Deshalb muss jede Stunde Arbeit in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis voll sozialversicherungspflichtig werden. Damit wird die soziale Sicherung der Betroffenen verbessert, der Abdrängung von Frauen auf Billigarbeitsplätze entgegengewirkt und die Verdrängung regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verhindert.
- Die *Probearbeit* zu Beginn eines Arbeitsverhältnisses muss immer in Form eines Probearbeitsverhältnisses mit Vergütungsanspruch erfolgen. Da die Rechtsprechung die unentgeltliche Probearbeit als so genanntes Einfühlungsverhältnis unter Bezug auf die Vertragsfreiheit für rechtmäßig erklärt, bedarf es einer gesetzlichen Korrektur.
- Zusätzlich ist zu prüfen, ob eine von den Unternehmen zu zahlende *Prämie für atypisch Beschäftigte* ein geeignetes Instrument ist, um höhere Belastungen aufgrund von größerer Flexibilität im Arbeitsleben auszugleichen.
- *Praktikantinnen und Praktikanten* dürfen nicht länger als billige oder kostenlose Arbeitskräfte ausgenutzt werden, mit denen regulär Beschäftigte verdrängt werden. Praktika müssen als Lernverhältnisse gesetzlich geschützt werden. Dazu gehört auch eine angemessene Vergütung.
- Beschäftigte dürfen nicht länger erpressbar sein, weil sie Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Deshalb muss der *Kündigungsschutz* verbessert werden. Dazu gehören unter anderem die Verkürzung der Wartezeit (die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses, ab der das Kündigungsschutzgesetz gilt) auf drei Monate, die Aufhebung des Schwellenwerts (die Beschäftigtenzahl eines Betriebes, ab der der Kündigungsschutz gilt), ein höherer Kündigungsschutz für Menschen über 55 Jahre und die Einführung eines Verbandsklagerechts für

Gewerkschaften bei Verdacht auf ungerechtfertigte Kündigung. Erst wenn den Unternehmen auf diese Weise willkürliche Kündigungen verboten werden, können Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften Verbesserungen in den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen durchsetzen.

- Die *Allgemeingültigkeit von Tarifverträgen* ist eine Voraussetzung für den Schutz vor Lohndumping. Deshalb ist die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu erleichtern (Aufhebung der Veto-Option der Arbeitgeber).
- Zur Stärkung guter Beschäftigungsbedingungen sollen Bund, Länder und Kommunen die Vergabe von Aufträgen an private Unternehmen im Rahmen von *Vergaberichtlinien* an die Einhaltung sozialer Kriterien binden. Die öffentliche Hand vergibt in Deutschland jedes Jahr Aufträge im Wert von etwa 250 Mrd. Euro. Damit hat sie die Möglichkeit, gute Arbeit direkt zu fördern. Neben der Tariftreue zählen zu den sozialen Kriterien unter anderem betriebliche Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern, zur Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund, zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen.

c) Teilhabe an Arbeit fördern, Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen herstellen

- Die Gestaltung der Arbeitszeit muss den Interessen der Beschäftigten gerecht werden. Daher müssen die Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse verkürzt und die Arbeit zwischen Männern und Frauen gleichmäßig verteilt werden. Dazu wird die zulässige regelmäßige *Höchstarbeitszeit* im Arbeitszeitgesetz in einem ersten Schritt auf 40 Stunden pro Woche gesenkt – derzeit sind 48 Stunden erlaubt. So kann die vorhandene Arbeit gerechter verteilt und der Widerspruch aufgelöst werden, dass sich weite Teile der Bevölkerung, die von Arbeitslosigkeit, unfreiwilliger Teilzeit oder Minijobs betroffen sind, eine längere Arbeitszeit wünschen, während sich viele

andere, die kürzere Arbeitszeiten haben wollen, mit Arbeitszeitverlängerungen konfrontiert sehen. Die Senkung der Arbeitszeit stärkt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- In Zeiten der Kindererziehung, Pflege oder Weiterbildung muss eine *individuelle Arbeitszeitverkürzung* möglich sein, ohne dass dies gravierende Auswirkungen auf die soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit oder im Alter hat. Zudem muss eine Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung garantiert werden, wenn aus den genannten Gründen die Arbeitszeit verkürzt wurde. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die während der Elternzeit in Teilzeit arbeiten, sollen in ihren Rechten gestärkt werden, damit sie ihr berechtigtes Interesse an der Lage und Verteilung ihrer Arbeitszeit gegenüber dem Arbeitgeber durchsetzen können.
- Alle jungen Menschen müssen einen Zugang zu guter *Ausbildung* bekommen. Um ein breites Angebot an qualifizierten, betrieblichen Ausbildungsplätzen sicherzustellen, muss eine Umlagefinanzierung eingeführt werden. Damit wird die Erosion der dualen Berufsausbildung gestoppt und dem Trend zu prekären Ausbildungsformen mit fehlender betrieblicher Mitbestimmung und Anbindung entgegengewirkt.

d) Arbeit human gestalten

- Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen brauchen wir eine neue *Initiative zur Humanisierung der Arbeit*, die durch geförderte Projekte in den Unternehmen und durch eine verstärkte Arbeitsforschung diesen Trend umkehren hilft. Wie schon die Vorhaben der »Humanisierung der Arbeit« in den siebziger und achtziger Jahren kann eine solche Initiative dann Wirkung erlangen, wenn ausreichende finanzielle Ressourcen in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen investiert werden.
- Gute Arbeit ist auch ein Schlüssel zu Innovation und sozialer Nachhaltigkeit. Deshalb ist eine praxis- und gestaltungsorientierte *Arbeitsforschung* unverzichtbar. Sie nicht einzuschränken, sondern auszubauen, ist ein Gebot der Stunde.

- Im Sinne einer altersgerechten Arbeitsgestaltung muss verstärkt darauf hingewirkt werden, den *Arbeits- und Gesundheitsschutz* zu verbessern. Gesundheitlicher Verschleiß muss vermieden werden. Deshalb müssen die Belastungen im Arbeitsprozess verringert und die gesundheitliche Vorsorge ausgebaut und verbessert werden. Ausreichende und verbindliche Qualitätskriterien für den betrieblichen Gesundheitsschutz sind ein geeignetes Instrument zu dessen Verbesserung. Zudem muss betriebliches Gesundheitsmanagement, das eine Verringerung der Belastung und den Schutz der Gesundheit zum Ziel hat, unter Beteiligung der Betriebs- und Personalräte zur Pflicht werden. Erholzeiten müssen erhöht werden. Weiterhin ist durch Rotation des Arbeitsplatzes ein Wechsel der Belastung anzustreben. Um junge Menschen bereits beim Einstieg in ihr Erwerbsleben ausreichend zu schützen, müssen das Jugendarbeitsschutzgesetz in seinem Geltungsbereich ausgeweitet und seine Ausnahmeregelungen eingegrenzt werden.

Guter Arbeits- und Gesundheitsschutz ist ein Grundanliegen der abhängig Beschäftigten und muss vom Staat wirksam unterstützt und kontrolliert werden. Mit der verpflichtenden Gefährdungsbeurteilung können Arbeits- und Leistungsbedingungen verbessert werden. Allerdings ist die Umsetzung dieses Auftrags in den Unternehmen und Verwaltungen völlig mangelhaft. Daher sind die Ressourcen der staatlichen Arbeitsschutzverwaltungen zu stärken.

e) Kollektive Mitbestimmung ausweiten

- Ob es künftig gelingt, menschengerechte Arbeits- und Beschäftigungsformen durchzusetzen, hängt wesentlich von der Stärke der Gewerkschaften und der Kampfkraft ihrer Mitglieder ab. In der ungleichen Auseinandersetzung zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern müssen die *Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten* gestärkt werden. Betriebe sind nicht allein Privatsache des Eigentümers, sondern tragen gesellschaftliche

Verantwortung gegenüber den Beschäftigten. Notwendig sind unter anderem:

- die Erleichterung der *Arbeitskämpfe* durch die Abschaffung des Antistreikparagraphen,
- die Ausweitung des *Streikrechts* auf Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen,
- die Einführung eines *Verbandsklagerechts* für Gewerkschaften bei Verletzung tariflicher Vereinbarungen und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes,
- ein *Vetorecht* für Betriebsräte bei Unternehmensübernahmen und -fusionen sowie bei Einsatz atypischer Beschäftigung,
- die Ausweitung der *Unternehmensmitbestimmung*.



Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion: Werner Dreibus, MdB

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

Telefon: 030 227-51170 · Telefax: 030 227-56128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

Redaktionsschluss: 26. Oktober 2007

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen
finden sie unter: www.linksfraktion.de**

www.linksfraktion.de